

SESSIONSBERICHT

Frühlingsession 2009 (2.-20. März)

Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Frühlingsession stand im Zeichen der Ereignisse und Entscheide bezüglich des Bankkunden-geheimnisses. National- und Ständerat führten jeweils dringliche Debatten zu diesem Thema durch. In Rahmen dieser Debatten forderten die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion FDP-Liberale eine Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes Schweiz.

Beide Räte verabschiedeten das vom Bundesrat präsentierte zweite Massnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützte dieses, wandte sich aber klar gegen eine drohende Schuldenwirtschaft; denn die Schuldenbremse ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einzuhalten.

National- und Ständerat beschäftigten sich in der Frühlingsession mit der Frage, ob die Ordonnanzwaffe zu Hause oder im Zeughaus aufzubewahren sei. Die Räte sprachen sich für die Beibehaltung der Heimabgabe aus. Die Abgabe ins Zeughaus soll aber ohne Auflagen ermöglicht werden.

Der Nationalrat hat die Vereinfachung der Mehrwertsteuer (Teil A) verabschiedet, die Volksinitiative für das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr abgelehnt, die Initiative gegen den Bau von Minaretten verworfen, die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe beschlossen sowie das Kulturförderungsgesetz fertig beraten.

Der Ständerat hat das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse sowie die Teilrevision des Forschungsgesetzes zuhanden des Nationalrats verabschiedet, die Erhöhung der Wasserzinsen befürwortet sowie im Rahmen des MEDIA-Abkommens mit der EU ein TV-Werbeverbot für Alkohol beschlossen.

In den Schlussabstimmungen wurden u. a. folgende Geschäfte angenommen: Ergänzung der Schuldenbremse, Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur, Patentanwalts- und Patentgerichtsgesetz sowie die Jugendstrafprozessordnung. Dagegen wurde die Vorlage über die Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr im Nationalrat in der Schlussabstimmung abgelehnt.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- Die Fraktion hat in der Frühlingsession zwei Positionspapiere verabschiedet. Auf der Basis der von der Partei beschlossenen Kernthemen hiess die Fraktion ein Prioritätenpapier 2009-2011 mit dem Titel „Arbeitsplätze schaffen, Sozialwerke sichern, Staat vereinfachen“ gut. Zudem verabschiedete die Fraktion ein aussenwirtschaftliches Positionspapier („Aktive Interessenpolitik zum Wohle der Schweiz“).
- Im Sinne der Fraktion hat das Parlament die Ergänzung der Schuldenbremse verabschiedet und damit eine wichtige Massnahme gegen die Schuldenwirtschaft beschlossen.
- Der Nationalrat hat die Vereinfachung der Mehrwertsteuer im Sinne der Fraktion zuhanden des Ständerates verabschiedet.
- Entgegen dem Willen der *FDP.Die Liberalen* hat der Nationalrat mit der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für energetische Gebäudesanierungen eine neue Steuer beschlossen.
- Der Ständerat hat das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse sowie die Revision des Forschungsgesetzes weitgehend gemäss den Vorstellungen der FDP-Liberalen beschlossen.

- Mehrere Vorstösse der Fraktion wurden vom Nationalrat gutgeheissen (Innovationspark, Vereinfachung des Steuersystems, steuerliche Förderung der Forschung, Stärkung des Eigentums, Regierungsreform).
- Die Fraktion hat in der Frühlingssession acht Fraktionsvorstösse eingereicht.

2. Vereinigte Bundesversammlung

- **Wahl ins Bundesstrafgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Vizepräsidenten des Bezirksgerichts Bülach, Stephan Blättler (SVP), zum Richter am Bundesstrafgericht gewählt. Er erhielt 175 von 176 gültigen Stimmen.

3. Geschäfte beider Räte

- **Dringliche Debatten Bankkundengeheimnis und Finanzplatz:** Ständerat und Nationalrat haben in der Frühlingssession dringliche Debatten zum Thema Bankkundengeheimnis durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Vorgänge und Entscheide in Sachen Finanzplatz und insbesondere in Bezug auf das Bankkundengeheimnis fielen in beiden Räten sehr kritische Voten. Während die Vertreter der SVP den Bundesrat für seine Entscheidung bezüglich OECD-Musterabkommen kritisierten, bemängelten SP und Grüne, dass die Regierung zu zögerlich handle. Nach Ansicht des linksgrünen Lagers sollte der Bundesrat per Gesetzesänderung die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufheben. In beiden Räten wurde das Vorgehen der internationalen Akteure – Deutschland, USA, OECD – mit scharfen Worten kritisiert. So verurteilte Fraktionspräsidentin Gabi Huber (FDP/UR), dass die USA das Prinzip Macht vor Recht setzten. Zudem wies sie das Grossmachtgehabe des deutschen Finanzministers zurück und entlarvte die heuchlerische Politik Grossbritanniens in der gegenwärtigen Debatte. Im Ständerat mahnte Peter Briner (FDP/SH) zu mehr Gelassenheit. Der Standortwettbewerb werde mit Ideen und guten Lösungen und nicht mit Kraftmeierei und Beleidigungen gewonnen.

Die *FDP.Die Liberalen* unterstützt die Strategie des Bundesrates in Sachen Bankkundengeheimnis, fordert aber eine harte Verhandlungslinie, welche eine Benachteiligung des Finanzplatzes Schweiz verhindert. **Die FDP fordert eine Strategie, die auf folgenden drei Säulen basiert** (die Forderungen wurden mit mehreren Fraktionsvorstössen unterstrichen):

1. Neu verhandelte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) werden nur bei Erfüllung der folgenden Bedingungen unterstützt:

- Ende der Machtpolitik: Die Schweiz wird weder auf nationale noch internationale schwarze Listen gesetzt. Auf widerrechtliche Mittel wie den Einsatz des Geheimdienstes zur Informationsbeschaffung wird verzichtet. DBA-Verfahren werden eingehalten.
- Gleiche Rechte für alle: Ausländische Verfahren müssen jenen der Schweiz entsprechen. US-Gliedstaaten und UK-Territorien, Singapur, Hongkong usw. anerkennen die OECD-Regeln ebenfalls vorbehaltlos. Spezialfälle wie die britischen Trusts werden ebenfalls einbezogen.
- Rechtsstaat gilt: Amts- und Rechtshilfe wird nur erteilt bei konkretem Verdacht gegen einzelne Bankkunden. Fishing-Expeditionen ausländischer Steuerbehörden werden vertraglich ausgeschlossen. Die neuen Regeln gelten nur für die Zukunft; entsprechende Übergangsfristen sind vorzusehen.
- Keine Diskriminierung beim Marktzugang: Die Benachteiligung von Schweizer Banken in anderen Märkten muss gestoppt werden. Die FINMA muss von Staaten mit DBA-Abkommen anerkannt werden.
- Kein „Fünfer und Weggli“: Kündigung oder Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens für EU-Länder mit neuem DBA.

2. Ablehnung des „gläsernen Bürgers“ und des automatischen Informationsaustauschs: Die Selbstdeklaration der Steuern und der Schutz der Privatsphäre vor dem Staat sind in der Schweiz nicht verhandelbar. Änderungen hin zum „gläsernen Bürger“ müssen auch in der OECD entschieden bekämpft werden.

3. Rasche Erarbeitung einer Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes: Der Schweizer Finanzplatz ist für den Werkplatz und die Arbeitnehmer zentral. Im mit Machtpolitik geführten Standortwettbewerb muss unser Land seine Trümpfe bewahren und neue Wettbewerbsvorteile schaffen. Hier sind rasche und klare Entscheide wichtiger als Scheindiskussionen um die Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung. Wir fordern, dass bis zur Sommersession 2009 eine Finanzplatzstrategie erarbeitet wird, um im Standortwettbewerb zu bestehen und den Finanzplatz Schweiz zu stärken. Diese Vorschläge müssen mindestens eine Anpassung des Stiftungsrechts an US- und britische Gesetze (Trust) sowie steuerliche und regulatorische Verbesserungen für die Vermögensverwaltung (Stempelsteuer) umfassen.

- **Zweites Konjunkturstützungspaket beschlossen:** im Rahmen von ausserordentlichen Sessionen haben die beiden Räte die zweite Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen behandelt. Als Erstrat hat der Nationalrat das vom Bundesrat vorgeschlagene Paket im Umfang von rund 700 Mio. Franken mit 156 zu 36 Stimmen verabschiedet. Während die SVP-Fraktion die Vorlage ablehnte und an den Bundesrat zurückweisen wollte, forderte die Ratslinke eine massive Aufstockung des Programms. Beide Forderungen blieben im Rat chancenlos. Sowohl der Rückweisungsantrag als auch die zahlreichen Aufstockungsanträge im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken wurden im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt. Die kleine Kammer schloss sich einstimmig dem Nationalrat an und hiess den Nachtragskredit von 700 Mio. Franken in praktisch unveränderter Form gut.

Die FDP-Liberale Fraktion orientierte sich in der Debatte an den nachfolgenden **Grundsätzen**:

- **Keine Aushebelung der Schuldenbremse:** Die Schuldenbremse gilt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und darf nicht durch Konjunkturmassnahmen ausgehebelt werden. Eine Schuldenwirtschaft ist abzulehnen, denn dies schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates ein, weil ihm Mittel für wachstumspolitisch relevante Investitionsprojekte entzogen werden und damit auch die Möglichkeiten künftiger Generationen in unverantwortlicher Weise eingeschränkt würden.
- **Gezielte Massnahmen statt konjunkturpolitisches Wunschkonzert:** Fiskalpolitische Stimulierungsmassnahmen müssen nach Ansicht der FDP-Liberale Fraktion rasch umsetzbar, zielgerichtet und temporärer Natur sein. Des Weiteren dürfen die Massnahmen die Bürokratie nicht aufblähen, müssen auf Konsum und Investitionen wirken und Arbeitsplätze sichern helfen. Mass-, kontur- und wirkungslose Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe sowie finanzpolitische Abenteuer lehnen wir dagegen ab.
- **Nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts:** Die Krise muss dazu genutzt werden, um nachhaltige Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts einzuleiten und umzusetzen, damit die Schweiz gestärkt aus der Krise hervorgeht. Die zahlreichen staatlichen Interventionen und Stützungsmaßnahmen im Ausland bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten von Schweizer Unternehmen. Diese Gefahr ist im Auge zu behalten und es ist ihr notfalls entgegen zu treten, um für gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen zu sorgen.
- **Mehrere Fraktionsvorstösse angenommen:** Im Rahmen der ausserordentlichen Session stimmte der Nationalrat über zahlreiche Vorstösse ab. Hierbei konnte die Fraktion FDP-Liberale einige Erfolge verbuchen. Zum einen wurde die Fraktionsmotion für die Errichtung eines Innovationsparks zur Stärkung des Forschungsstandorts deutlich überwiesen. Zum anderen hat der Nationalrat drei Fraktionsvorstösse im Bereich der Steuerpolitik angenommen. Dabei wurde auch die Motion angenommen, die eine radikale Vereinfachung des Steuersystems verlangt. Folgende Vorstösse der Fraktion RL wurden vom Nationalrat überwiesen:
 - Mo. 07.3582. Einrichtung eines Parc d'innovation Suisse (mit 124 zu 60 Stimmen);
 - Mo. 08.2844. Stärkung des Eigentums. Bildung von Eigenkapital nicht bestrafen (mit 131 zu 62 Stimmen);
 - Mo. 08.3853. Einführung von steuerlichen Fördermassnahmen zur Stärkung des Forschungsstandorts Schweiz (mit 129 zu 61 Stimmen);
 - Mo. 08.3854. Für einen schlanken Staat. Steuersystem vereinfachen (mit 124 zu 63 Stimmen).

- **Wirtschaftsfeindliche Motion vom Nationalrat angenommen:** Im Rahmen der Debatte über die Konjunkturstützungsmaßnahmen hat der Nationalrat gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale und aufgrund einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen eine wirtschaftsfeindliche Motion der WAK-N angenommen. Diese verlangt eine staatlich verordnete Begrenzung von Managerlöhnen bei Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten. Zudem soll das Klumpenrisiko für die Schweiz durch Trennung der Bankaktivitäten reduziert werden. Der Ständerat hat beschlossen, diesen Vorstoss in der Sommersession zu behandeln.
- **Ergänzung der Schuldenbremse beschlossen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat im Sinne der Fraktion RL die Erweiterung der Schuldenbremse beschlossen. Im Differenzbereinigungsverfahren wurden die letzten Differenzen bereinigt. Damit wird der ausserordentliche Haushalt in die Schuldenbremse einbezogen. Die Grundidee der beantragten Ergänzungsregel besteht darin, Defizite des ausserordentlichen Haushalts über den ordentlichen Haushalt mittelfristig zu kompensieren. Als Steuerungsgrösse dient das „Amortisationskonto“, das neu eingeführt werden soll. Darin werden die ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben erfasst. Weist es einen Fehlbetrag auf, ist dieser während der sechs folgenden Rechnungsjahre durch Überschüsse im ordentlichen Haushalt abzutragen. Nach dieser Erweiterung der Schuldenbremse verbleibt noch ein Schlupfloch, das zum Anstieg eines Schuldenbergs führen kann: die Sozialversicherungen. In diesem Bereich gilt es nun nach Lösungen zu suchen, um die Ausgaben und Einnahmen in ein Gleichgewicht zu bringen.
- **Debatten um Aufbewahrung der Ordonnanzwaffen:** Beide Räte beschäftigten sich in der Frühlingssession mit der Frage der richtigen Aufbewahrung der Ordonnanzwaffen. In der ersten Woche debattierte zuerst der Ständerat die Frage. Dies anlässlich der Behandlung der Motion Fetz (welche die Heimabgabe ohne Verschluss verlangte). Nach einer emotional geführten Diskussion zog die Motionärin den Vorstoss zurück. Eine Petition, welche die Aufbewahrung der Waffe im Zeughaus verlangte, lehnte der Ständerat mit 23 zu 14 Stimmen ab. In der dritten Sessionswoche war der Nationalrat an der Reihe. Nach längerer Debatte beschloss die grosse Kammer, an der Heimabgabe der Ordonnanzwaffe festzuhalten. Vorstösse, welche eine Aufbewahrung im Zeughaus forderten, lehnte der Rat ab. Mit 92 zu 90 Stimmen wurde dagegen eine von Josef Lang (Grüne/ZG) eingereichte Motion angenommen, welche die Schaffung eines Waffenregisters verlangt. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich für den Grundsatz der Heimabgabe der Armeewaffe aus. Wer die Waffe nicht zu Hause aufbewahren möchte oder aus logistischen Gründen nicht lagern kann, soll sie ohne Angabe von Gründen kostenlos hinterlegen können. Dies entsprechend dem Grundsatz, wonach dem Recht des Wehrpflichtigen auf Heimabgabe der Waffe auch das Recht bzw. die Möglichkeit auf Abgabe der Waffe ins Zeughaus gegenübersteht. An der Erfüllung der Schiesspflicht soll sich nach Ansicht der FDP-Liberalen aber nichts ändern. Diese Pflicht ist unabhängig vom Aufbewahrungsort der Ordonnanzwaffe zu erfüllen.
- **Neuregelung der Bahnpolizei in der Schlussabstimmung gescheitert:** Im Rahmen der Vorlage Bahnreform 2 war die Frage der Kompetenzen der Bahnpolizei umstritten. Im Differenzbereinigungsverfahren schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an. Die Kompetenz zur Regelung der Bewaffnung sollte dem Bundesrat übertragen werden. Zudem sollte die Bahnpolizei weniger Kompetenzen als die reguläre Kantonspolizei erhalten. Die Räte hatten sich bereits früher auf den Grundsatz geeinigt, dass eine private Transportpolizei für die Sicherheit in Zügen sorgen soll. Die Vorlage scheiterte allerdings im Nationalrat in der Schlussabstimmung. Eine Allianz aus SVP, SP und Grünen lehnte das Gesetz mit 99 zu 85 Stimmen gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale ab (der Ständerat nahm das Gesetz mit 32 zu 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen an). Das Gesetz ist damit gescheitert, was von der Fraktion FDP-Liberale bedauert wird. Damit bleiben die Bedürfnisse der Bahnreisenden auf der Strecke.
- **Patentgerichts- und Patentanwaltsgesetz bereinigt:** Das Parlament hat die letzten Differenzen in diesen beiden Gesetzen bereinigt. Beim Patentanwaltsgesetz stimmte der Ständerat in den verbliebenen zwei Differenzen dem Nationalrat zu. Beim Patentgerichtsgesetz folgte der Nationalrat der kleinen Kammer und akzeptierte, dass nebenamtliche Richter (wie die hauptamtlichen Richter) von der Bundesversammlung und nicht von der Gerichtskommission gewählt werden.

- **Neues Jugendstrafprozessrecht:** Die vereinheitlichte Jugendstrafprozessordnung ist bereinigt. Analog zum Strafprozessrecht für Erwachsene vereinheitlicht die neue Jugendstrafprozessordnung die Verfolgung von Delikten von unter 18-Jährigen. Die Räte haben in einer Einigungskonferenz die letzten Differenzen bereinigt. Jugendliche können demnach im Strafverfahren eine Vertrauensperson als moralische Stütze beiziehen. Der Nationalrat lenkte in diesem Punkt ein und folgte schliesslich der Linie des Ständerats und dem Vorschlag des Bundesrates.
- **Lob für die Aussenwirtschaftspolitik:** National- und Ständerat haben den Aussenwirtschaftsbericht 2008 beraten und die damit verbundenen Abkommen genehmigt. Der Bundesrat wurde für seine Aussenwirtschaftspolitik fast durchwegs gelobt. Mit dem Bericht wurden u.a. das Freihandels- und Landwirtschaftsabkommen mit Kanada sowie zwei Investitionsschutzabkommen mit Turkmenistan und Madagaskar genehmigt. Gemäss Aussagen des Bundesrates wird die Schweiz bis Ende 2009 über 23 Freihandelsabkommen verfügen.
- **Jahresberichte Geschäftsprüfungskommission:** National- und Ständerat haben die Berichte der Geschäftsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungsdelegation zur Kenntnis genommen. Thematisiert wurde dabei u.a. die Aktenvernichtung im Fall Tinner sowie der Fall des ehemaligen Armeechefs Roland Nef.

4. Nationalrat

- **Drei neue Mitglieder im Nationalrat:** Mit Martin Landolt (BDP/GL), Max Chopard-Acklin (SP/AG) und Ulrich Schlüer (SVP/ZH) sind im Nationalrat am ersten Tag der Frühjahrsession drei neue Mitglieder vereidigt worden. Während Landolt und Chopard-Acklin neu in den Nationalrat eintreten, feiert Schlüer nach seiner verpassten Wahl 2007 ein politisches Comeback.
- **Parlamentarische Immunität:** Der Nationalrat hat in der dritten Sessionswoche im Rahmen von drei Fällen eine Debatte über die parlamentarische Immunität geführt. Dabei hat der Rat die Immunität von Toni Brunner (SVP/SG) mit 96 zu 75 Stimmen aufgehoben. Dagegen lehnte es der Rat mit 152 zu 20 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) ab, die Immunität von Christoph Mörgeli (SVP/ZH) aufzuheben. Im Fall von Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG) und alt Nationalrat Jean-Paul Glasson (FDP/FR) hat die Mehrheit des Nationalrats im Stimmenverhältnis von 99 zu 80 Stimmen entschieden, dass ihre Äusserungen als GPK-Sprecher im Fall Blocher-Rorschacher von der absoluten Immunität geschützt sind.
- **Ja zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer:** Der Nationalrat hat in der zweiten Sessionswoche die Eintretensdebatte zum Teil A der Vereinfachung der Mehrwertsteuer geführt. Ein Rückweisansatz der SP-Fraktion wurde von allen anderen Fraktionen mit 137 zu 40 Stimmen deutlich verworfen. In der Detailberatung beschloss der Rat, den Sondersatz von 3,6 Prozent für die Hotellerie bis 2013 zu verlängern. Nach geltendem Recht lief er 2010 aus. Mit der Verlängerung soll im Hinblick auf den geplanten Einheitssatz (Teil B der Vorlage) ein mehrfacher Satzwechsel verhindert werden. Auf Antrag von Bundesrat und WAK-N unterstützte der Nationalrat erweiterte Anwendungsmöglichkeiten der vereinfachten Abrechnung für KMU (Saldosteuerersatzmethode). Gegen den Willen des Bundesrates verkürzte der Rat die Verjährungsfrist für die Festlegung von Steuerforderungen von fünf auf drei Jahre. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt die Vereinfachung der Mehrwertsteuer und verlangt, dass der Teil A der Reform der Mehrwertsteuer 2010 in Kraft tritt. Des Weiteren fordern Fraktion und Partei die rasche Einführung des Einheitssatzes. Der Teil A der Vorlage geht nun an den Ständerat.
- **Nationalrat beschliesst Teilzweckbindung:** Die parlamentarische Initiative Hegetschweiler will die CO₂-Lenkungsabgabe in eine Zwecksteuer umwandeln. Ein Drittel der CO₂-Abgabe (maximal 200 Mio. Franken jährlich), die seit letztem Jahr auf fossilen Brennstoffen (Heizöl, Erdgas, Kohle) erhoben wird, soll für die Förderung energetischer Gebäudesanierungen reserviert werden. Der Ertrag der CO₂-Abgabe wird also nur noch zu zwei Dritteln gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet. Der Nationalrat sprach sich nach intensiv geführter Debatte mit 110 zu 62 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage aus. Die Vertreter der FDP-Liberalen sprachen sich somit vergeblich gegen die Teilzweckbindung, die gleichbedeutend mit einer neuen Steuer ist, aus. Aus Sicht der FDP-Liberalen sollten energetische Sanierungen mit Steueranreizen anstelle von Subventionen gefördert werden. In der Gesamtabstimmung sprach sich die grosse Kammer mit 113 zu 57 Stimmen für die Initiative aus. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

- **Nein zu Initiative gegen Kriegsmaterialausfuhr:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ befasst. Diese verlangt ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern sowie Immaterialgütern einschliesslich Technologien zur Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser Güter. Nach einer ausführlichen Debatte empfiehlt der Rat mit 122 zu 60 Stimmen die Ablehnung der Initiative. Der Rat folgte damit der Empfehlung des Bundesrates, welcher die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Die FDP-Liberale Fraktion sprach sich in der Debatte entschieden gegen die Initiative aus. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage würde das Exportverbot die mutwillige Gefährdung von Arbeitsplätzen bedeuten. Dies wäre wirtschafts- und sicherheitspolitisch unverantwortlich. Zudem besitzt die Schweiz eine strenge und effiziente Kontrolle im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr sowie im Bereich der Dual-Use-Güter. Der Ständerat muss sich als nächstes zur Initiative äussern.
- **Minarettinitiative abgelehnt:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ befasst. Die Initiative möchte den Satz „der Bau von Minaretten ist verboten“ in der Verfassung verankern. Der Nationalrat sprach sich mit 128 zu 53 Stimmen gegen den von linker Seite eingebrachten Antrag aus, die Initiative für ungültig zu erklären. Im Einklang mit dem Bundesrat beschloss die grosse Kammer danach mit 129 zu 50 Stimmen, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich in der Debatte gegen den Antrag auf Ungültigkeit aus und lehnte die Volksinitiative entschieden ab. Die Einfügung des Minarett-Artikels wäre gleichbedeutend mit einem Rückfall in jene Zeiten, als die Bundesverfassung noch mit Verboten von Jesuiten und Klöstern belastet war. Ein Minarett-Artikel in der Verfassung würde das Rad in verhängnisvoller Weise zurück drehen. Ein verfassungsrechtliches Verbot von Minaretten würde des Weiteren aussen- und aussenwirtschaftspolitischen Schaden anrichten, hat doch allein die Einreichung der Initiative für grosses und negatives Aufsehen gesorgt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
- **Neues Namensrecht zurückgewiesen:** Das von der Rechtskommission erarbeitete neue Namensrecht geht vom Prinzip der Unveränderbarkeit des Geburtsnamens aus. Männer und Frauen sollten bei der Heirat ihren Namen behalten. Sie sollten aber auch einen der beiden Namen als Familiennamen wählen können; dieser wäre dann der Familienname der Kinder. Die Mehrheit des Nationalrats wollte von dieser liberalen Lösung des Namensrechts nichts wissen. Mit 99 zu 92 Stimmen beschloss der Rat, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Dies mit dem Auftrag, lediglich die allernotwendigsten Korrekturen vorzunehmen und keine grundsätzliche Reform des Namensrechts vorzulegen.
- **Vierjährige Rüstungsprogramme:** Der Nationalrat hat es verpasst, das heutige unbefriedigende Verfahren für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu verbessern. Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale hat die grosse Kammer die parlamentarische Initiative Burkhalter (FDP/NE) mit 126 zu 62 Stimmen abgelehnt; SVP, SP, Grüne und BDP sprachen sich gegen den Vorschlag von FDP und Liberalen aus. Die Initiative schlägt vor, dass der Bundesrat Rüstungsprogramme zukünftig in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren dem Parlament vorlegen sollte. Ziel des Vorstosses ist es, die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee zu erhöhen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
- **Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen:** Entgegen seinem ursprünglichen Entscheid beschloss der Nationalrat, der Forschung am Menschen verfassungsmässige Leitplanken zu setzen. Er folgte damit einem Kompromissvorschlag des Ständerates. Ein Minderheitsantrag der SVP, der an der reinen Kompetenznorm festhalten wollte, wurde mit 107 gegen 55 Stimmen bei 27 Enthaltungen klar abgelehnt. Mit 140 zu 31 Stimmen hielt der Nationalrat zudem daran fest, dass der Bund beim übergeordneten ersten Absatz die Forschungsfreiheit wahrt und der Bedeutung der Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung trägt. Der Ständerat strich diesen Passus teilweise. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat. Dieser wird unter anderem darüber zu befinden haben, ob und was für materielle Konsequenzen die vom Nationalrat beschlossene sprachliche Anpassung des Begriffes „biomedizinische Forschung“ in „Forschung in der Biologie und der Medizin“ für den Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen hat.
- **Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin. Zusatzprotokoll:** Der Nationalrat will die Würde der Patienten bei Organ- und Gewebetransplantationen schützen. Mit 156 zu 7 Stimmen genehmigte er ein Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin. In den Prinzipien deckt sich das Zusatzprotokoll über die Transplantation menschlicher Organe und Gewebe mit dem schweizerischen Transplantationsgesetz. Bei drei Aspekten der Lebendspende ist die schweizerische Gesetzgebung liberaler als das

Anfang Mai 2006 in Kraft getretene Zusatzprotokoll. Zu diesen Punkten wird die Schweiz deshalb bei der Ratifizierung Vorbehalte anbringen. Das Zusatzprotokoll muss noch vom Ständerat genehmigt werden.

- **Kulturförderungsgesetz gutgeheissen:** Der Nationalrat setzte seine in der Herbstsession 2008 unterbrochene Debatte über das Kulturförderungsgesetz fort. Im Zentrum der Diskussion stand die zusätzliche finanzielle Unterstützung sogenannter Leuchttürme (Kulturinstitutionen und Festivals mit internationaler Ausstrahlung) durch den Bund sowie die Schaffung eines Kulturrates. Beide Konzepte wurden vom Nationalrat abgelehnt. Gegen den Willen des Bundesrates wurde allerdings ein Antrag der WBK-N gutgeheissen, der die neue gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der Kulturstiftung Pro Helvetia in das Kulturförderungsgesetz integrieren will. Die Schaffung von (weiteren) Sonderregeln für Freischaffende in der beruflichen Vorsorge lehnte der Nationalrat hingegen ab. Das Kulturförderungsgesetz wurde im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 125 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
- **Familienergänzende Kinderbetreuung wird weitergeführt:** Der Nationalrat hat mit 115 zu 56 Stimmen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale eine Motion der WBK-N gutgeheissen, mit welcher der Bundesrat aufgefordert wird, dem Parlament bis Ende 2009 eine Revision des Gesetzes über die Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie einen neuen Zahlungsrahmen ab 2011 vorzulegen. Gleichzeitig verzichtete der Rat auf Antrag seiner Kommission darauf, den Bund mittels Verfassungsauftrag auf die Bereitstellung von familienergänzender Kinderbetreuung zu verpflichten. Fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen, die dies forderten, wurden abgeschrieben.
- **Neues Museumsgesetz von Nationalrat verabschiedet:** Der Nationalrat hat als Zweitrat das Bundesgesetz über Museen und Sammlungen des Bundes mit 153 zu 5 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz verpflichtet erstens sämtliche Museen und Sammlungen des Bundes auf gemeinsame Ziele und erteilt ihnen einen einheitlichen Grundauftrag. Zweitens bildet es die Rechtsgrundlage für ein Schweizerisches Nationalmuseum. Kontrovers diskutiert wurde einzig die Frage, ob die Museumsgruppe „Nationalmuseum“ oder „Landesmuseum“ heissen sollte. Der Rat entschied sich mit 117 zu 52 Stimmen für die Version „Nationalmuseum“.
- **Offizieller Beitritt der Schweiz zum Forschungsprogramm ITER:** Als zweite Kammer hat der Nationalrat mit 140 zu 30 Stimmen die Beteiligung am Versuchsreaktor ITER in Frankreich gutgeheissen. ITER basiert auf einem Abkommen zwischen Euratom, Russland, China, Japan, Korea, Indien und den USA. Der Versuchsreaktor soll im südfranzösischen Cadarache gebaut werden und den letzten Entwicklungsschritt von der Kernfusion zu einer fusionsbasierten Energieproduktion vollziehen. Laut Bundesrat wird ITER das weitaus wichtigste Element der europäischen Fusionsforschung sein. Die Schweiz will sich deshalb mit vollen Rechten daran beteiligen. Sie arbeitet im Bereich der Fusionsforschung schon seit 1978 mit der Europäischen Atomgemeinschaft zusammen.
- **ETH-Rat. Leistungsperiode 2004-2007:** Der Nationalrat hat am Dienstag den Bericht des ETH-Rats zur Leistungsperiode 2004-2007 genehmigt. Die ETH sei ein Flaggschiff für die Bildung in der Schweiz, lautete der Tenor. Die Kritik zielte auf den tiefen Frauenanteil und den Wissenstransfer.
- **Keine Bedenkfrist bei Scheidung:** Wenn sich beide Ehepartner einig sind, sollen sie nicht mehr zwei Monate auf die Scheidung warten müssen. Ein Hinauszögern der Scheidung gegen den Willen der Beteiligten ist ein unnötiger Leerlauf. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale sprach sich der Nationalrat überaus deutlich (mit 142 zu 16 Stimmen) für die Abschaffung der Bedenkfrist aus.
- **Anpassung des Strafrechts an Römer Statut:** Die Schweiz ist 2001 dem Römer Statut zur Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beigetreten. Die hierfür notwendigen Gesetzesänderungen sind bereits erfolgt. In einem zweiten Schritt geht es nun darum, Anpassungen im Strafrecht vorzunehmen und die Strafverfolgung effizienter zu gestalten. Der Nationalrat hat die Vorlage im Sinne der Fraktion FDP-Liberale mit 123 zu 39 Stimmen gutgeheissen. Der Nationalrat übernahm weitgehend die Vorlage des Bundesrats. Mit 95 zu 67 Stimmen folgte er aber in einem abweichenden Punkt der Mehrheit der Rechtskommission und legte fest, dass Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mindestens mit einer zehnjährigen Freiheitsstrafe bestraft werden sollen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

- **Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Vorlage zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien beraten und in der Gesamtabstimmung mit 123 zu 46 Stimmen angenommen. Private sollen künftig Zuwendungen an politische Parteien von den Steuern abziehen können (10'000 Franken bei der direkten Bundessteuer; bei den Kantonssteuern soll der Kanton die Maximalbeträge festlegen). Anders als der Ständerat sprach sich der Nationalrat gegen einen entsprechenden Steuerabzug für juristische Personen aus. Der Bundesrat hatte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Unternehmen bereits heute finanzielle Beiträge abziehen können. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
- **Vorstösse zur Regierungsreform angenommen:** Der Nationalrat hat am letzten Tag der Session zwei FDP-Vorstösse (von Ständerat Didier Burkhalter, übernommen von Nationalrat Jacques Bourgeois) zur Regierungsreform überwiesen. Das erste Postulat verlangt eine Departementsumbildung gemäss langfristigen Prioritäten; der zweite Vorstoss schlägt eine Stärkung des Bundespräsidiums vor (z.B. durch eine längere Amtszeit).
- **Gültigkeit von Volksinitiativen:** Der Nationalrat hat sich in der zweiten Sessionswoche mit der Frage befasst, wie mit völkerrechtswidrigen Volksinitiativen zu verfahren ist. Anlass hierfür war eine parlamentarische Initiative Vischer (Grüne/ZH), der eine strengere Beurteilung von Volksinitiativen verlangt. Der Nationalrat überwies diese Initiative in einer ersten Phase mit 96 zu 72 Stimmen. Die Vorlage geht an den Ständerat, der diese in einer ersten Runde abgelehnt hatte.
- **Massnahmen gegen Scheinehen:** Künftig soll nur noch heiraten dürfen, wer sich rechtmässig in der Schweiz aufhält. So will der Nationalrat Scheinehen bekämpfen. Er hat einer Revision des Zivilgesetzbuches (ZGB) mit 104 zu 68 Stimmen zugestimmt. Heute können sich abgewiesene Asylsuchende der Ausreise aus der Schweiz entziehen, wenn sie sich beim Standesamt für eine Heirat oder eine eingetragene Partnerschaft anmelden. Künftig sollen ausländische Brautleute vor der Heirat ihren rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz nachweisen müssen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf erläuterte, dass die Vorlage verfassungs- und EMRK-konform sei. Sie betonte, dass die neuen Vorschriften verhältnismässig anzuwenden seien. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
- **Teilweise Öffnung des Briefmonopols:** Der Nationalrat hat mit 89 zu 83 Stimmen eine Motion abgelehnt, die eine Senkung der Monopolgrenze bei der Briefpost verhindern wollte. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale setzt der Nationalrat hiermit ein Zeichen für die Senkung des Briefmonopols von heute 100 Gramm auf 50 Gramm per 1. Juli 2009.
- **Set-Top-Boxen in Zukunft frei wählbar:** Mit 124 zu 48 Stimmen hiess der Nationalrat eine von der KVF-N überarbeitete Motion des Ständerates zur Verschlüsselung von Set-Top-Boxen gut. Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, um ein Verbot der Verschlüsselung freier TV-Kanäle im Grundangebot erlassen zu können. Bei der Verschlüsselung sollen die TV-Kunden das Empfangsgerät in Zukunft zu angemessenen Bedingungen frei wählen können. Das Anbieten von Programmen über Internet (z. B. Bluewin-TV) soll dabei nicht unnötig erschwert werden und Wettbewerbsverzerrungen zwischen TV-Kabelnetzen und Telefon / Internet sollen vermieden werden.
- **Wiederzulassung von Formel 1-Autorennen:** Rundstreckenrennen sollen in der Schweiz wieder erlaubt werden. Gegen den Widerstand des Stände- und des Bundesrates hat der Nationalrat am Donnerstag mit 103 zu 75 Stimmen an der Initiative Giezendanner festgehalten. Die grosse Kammer bleibt damit bei ihrer Forderung, das Verbot von Autorennen auf Rundkursen aus dem Strassenverkehrsgesetz zu streichen. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.
- **Sicherheit vor Naturgefahren:** Der Bund soll für den Schutz vor Naturgefahren mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Der Rahmenkredit 2008-2011 für den Hochwasserschutz soll um 189 Mio., derjenige für Schutzwälder um 30 Mio. Franken erhöht werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 108 zu 48 Stimmen angenommen. Ein Konzept soll zudem die Sicherheit vor Naturgewalten langfristig gewährleisten. Das Geschäft geht an den Ständerat.
- **Überprüfung der Einspeisevergütung:** Der Bundesrat muss nächstes Jahr die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) überprüfen. Das neue Fördersystem für grünen Strom ist seit Anfang 2009 in Betrieb und hat bereits zahlreiche Schwachstellen erkennen lassen. Der Nationalrat hat drei Postulate stillschweigend überwiesen.

- **Ja zu Doppelbesteuerungsabkommen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Kolumbien relativ knapp – mit 86 zu 72 Stimmen – gutgeheissen. Die Ratslinke opponierte mit dem Argument der Menschenrechtssituation in Kolumbien gegen das Abkommen. Bundespräsident Merz erklärte in der Debatte, dass es sich beim Abkommen um eine technische Übereinkunft handle, die gute Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen schaffe.
- **Kein Gegenvorschlag zur Tieranwaltsinitiative:** Der Nationalrat hat es im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, der Volksinitiative für Tierschutzanwälte einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen. Mit 91 zu 64 Stimmen lehnte der Rat eine entsprechende parlamentarische Initiative der WBK-N ab. Die Mehrheit der Kommission wollte das Anliegen der Initianten mit einer Änderung des Tierschutzgesetzes erfüllen.

5. Ständerat

- **Ja zum Abbau von technischen Handelshemmnissen:** Waren, die in einem EU-Land zugelassen sind, sollen in der Schweiz ohne Zusatzkontrollen vermarktet werden dürfen. Der Ständerat hat dem Cassis-de-Dijon-Prinzip ohne Gegenstimmen (bei 5 Enthaltungen) zugestimmt. Einstimmig sprach sich der Rat zudem für die Revision des Produktesicherheitsgesetzes aus. Mit der Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse soll das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Importe aus dem Europäischen Wirtschaftsraum eingeführt werden. Die Ratsmehrheit sprach sich gegen den Willen der FDP-Liberalen aber mit 23 zu 14 Stimmen dafür aus, im Lebensmittelbereich eine Ausnahme zu machen. Demnach brauchen Lebensmittel, die nicht nach schweizerischen Vorschriften produziert wurden, eine Bewilligung. Für längere Diskussionen sorgte der Punkt betreffend die Vermeidung der Inländerdiskriminierung. Gemäss der vom Ständerat vorgeschlagenen Lösung sollen inländische Produzenten, die nach EU-Vorschriften produzieren und deren Produkte in der EU rechtmässig vertrieben werden, ihre Ware auch auf dem Schweizer Markt verkaufen dürfen. Das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse sowie das Produktesicherheitsgesetz gehen zur Behandlung in den Nationalrat.
- **Stärkung der Innovationsagentur:** Die Förderung der anwendungsorientierten Forschung erhält eine neue Gesetzesgrundlage. Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Forschungsgesetzes gutgeheissen. Damit erhält die Kommission für Technologie und Innovation (KTI), die bisher dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie angegliedert ist, mehr Autonomie und Kompetenzen; die KTI wird zu einer verwaltungsunabhängigen Behördenkommission mit eigenen Entscheidungsbefugnissen. Die Vorlage entspricht weitgehend den Forderungen der FDP und berücksichtigt die zentralen Anliegen der Wirtschaft (mehr Entscheidungskompetenzen für die KTI, keine Auftrennung der KTI, Nutzung von Synergien usw.). Im Rahmen der Beratungen zum revidierten Forschungsgesetz hat der Ständerat einstimmig ein Postulat der WBK-S angenommen, in welchem der Bundesrat ersucht wird zu prüfen, ob ein rasches Vorantreiben der Forschungs- und Innovationsförderung in der Schweiz zweckmässig und, insbesondere mit einem schrittweisen Ausbau der Mittel, für den Schweizerischen Nationalfonds SNF und für die KTI realisierbar ist. Die Kommission versteht diese Massnahmen als einen Beitrag zur Bekämpfung des Konjunkturrückganges.
- **Erhöhung der Wasserzinsen ab 2011:** Die Wasserzinsen sollen nach dem Willen des Ständerates stärker steigen als die Teuerung. Einstimmig sprach sich die kleine Kammer dafür aus, dass der Höchstwert der Wasserzinsen 2011 von heute 80 auf 100 Franken pro Kilowatt installierte Bruttoleistung angehoben wird. 2015 soll der Betrag auf 110 Franken steigen. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, diesen zweiten Erhöhungsschritt ein Jahr später (also 2016) vorzunehmen. Laut Bundesrat Moritz Leuenberger liegen die nun vorgeschlagenen Maxima an der oberen Grenze. Die vorgeschlagenen Erhöhungen der Wasserzinsmaxima könnten mittelfristig um ein Prozent höhere Strompreise für die Endkunden bedeuten. Die Vorlage geht nun zur weiteren Beratung an den Nationalrat.
- **Ausbau der Eisenbahninfrastruktur:** Der Ständerat hat sich ein weiteres Mal mit dem Ausbau der Bahninfrastruktur befasst. Nach langer Diskussion hat die kleine Kammer auf regionale Vorentscheide verzichtet und ist dem Nationalrat gefolgt. Dieser hatte sich bei der zweiten Etappe (die „Bahn 2030“ genannt wird) für eine offene Projektliste ohne Priorisierung ausgesprochen. Umstritten blieb in der Frühlingssession die Höhe des Kredits für Lärmschutzmassnahmen: Der Ständerat hielt an seiner Fassung fest, wonach der Beitrag für die Lärmsanierung um 500 Mio. Franken auf 1,3 Mrd. Franken gesenkt werden soll, da die gesetzlichen Vorgaben

der Lärmsanierung dank technischer Innovation billiger realisiert werden können. Der Nationalrat sprach sich entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale mit 87 zu 81 Stimmen für das höhere Kreditvolumen von 1,8 Mrd. Franken aus. Aufgrund dieses Entscheids wird im Rahmen der Vorlage zum Weiterausbau der Bahninfrastruktur auf eine Kreditkürzung verzichtet.

- **Konzept zum Bau einer zweiten Gotthardröhre:** Gegen 2020 muss der Gotthard-Strassentunnel für eine grosse Sanierung gesperrt werden. Im Hinblick darauf und zur Verbesserung der Sicherheit forderten die Tessiner Ständeräte Dick Marty (FDP/TI) und Filippo Lombardi (CVP/TI) eine zweite Tunnelröhre. Sie zogen ihre Vorstösse aber zugunsten eines Postulats der Verkehrskommission zurück. Dieses Postulat wurde vom Plenum oppositionslos und im Einverständnis mit dem Bundesrat überwiesen. Die Landesregierung soll bis Ende 2010 in einem Konzept darlegen, wie und wann sie die Sanierungsarbeiten im Tunnel vornehmen lassen will. Geklärt werden sollen zudem Voraussetzungen, Kosten und Auswirkungen einer zweiten Röhre.
- **Ständerat fordert nationales Entführungsalarmsystem:** Der Ständerat hat mit 38 zu 1 Stimme und entgegen der Meinung des Bundesrates eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine Partnervereinbarung auszuarbeiten, um auf Bundesebene ein Entführungsalarmsystem einzurichten. Dieses System hat sich in anderen Ländern (USA, Kanada, Frankreich) sehr bewährt. Die ersten Stunden nach einer Entführung sind entscheidend. Hier liegt die Stärke des Entführungsalarmsystems, das innerhalb kürzester Zeit aktiviert werden kann. Der Bundesrat ist angesichts des klaren Willens des Ständerats nun zu raschem Handeln aufgerufen.
- **Werbeverbot für Alkohol im Fernsehen:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem MEDIA-Abkommen für die Teilnahme am EU-Förderprogramm der audiovisuellen Produktion für die Jahre 2007-2013 beschäftigt. Während dieses Abkommen ohne Opposition den Rat passierte, war die mit dem Abkommen verknüpfte Frage, ob das Werbeverbot für Alkohol am Fernsehen gelockert oder verschärft werden soll, stark umstritten. Seit zwei Jahren ist es Regional- und Lokalfernsehsendern erlaubt, für Wein und Bier Spots zu schalten, nicht aber der SRG und ausländischen Sendern in Schweizer Werbefenstern. Die EU stört sich an dieser Regelung und verlangt eine nicht diskriminierende Regelung. Der Bundesrat hat vor diesem Hintergrund die Zulassung von Bier- und Weinwerbung für alle Sender vorgeschlagen. Mit 22 zu 19 Stimmen entschied sich die Mehrheit des Ständerats jedoch für den Weg des totalen Verbots von Alkoholwerbung für alle TV-Sender. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.
- **Teilrevision des Fernmeldegesetzes:** Der Ständerat hat mit 19 zu 12 Stimmen eine Motion von Ständerätin Erika Forster (FDP/SG) gutgeheissen. Die Motion verlangt, dass die Eidg. Kommunikationskommission (ComCom) künftig rascher und von Amtes wegen eingreifen kann, falls sie Anhaltspunkte dafür hat, dass ein Anbieter seinen Konkurrenten den Zugang zu den Netzen nicht rechtskonform gewährt. Heute kann die ComCom lediglich eingreifen, wenn eine Klage eines Anbieters vorliegt. Die Motion geht nun an den Nationalrat. Der Ständerat hat des Weiteren einstimmig das Postulat 09.3002 überwiesen, das bis spätestens Mitte 2010 einen Bericht verlangt, der den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Fernmeldewesen umreissen soll.
- **Mehr Transparenz bei Swissmedic:** Das Heilmittelinstitut Swissmedic soll nach dem Willen des Ständerats transparenter und aktiver über die eigenen Aktivitäten informieren. Gegen den Willen des Bundesrates hat die kleine Kammer eine entsprechende Motion von Hans Altherr (FDP/AR) überwiesen. Der Bundesrat wurde beauftragt, im Rahmen der bevorstehenden Teilrevision des Heilmittelgesetzes eine Änderung vorzuschlagen, die das Institut bei Arzneimittelzulassungsverfahren zu mehr Transparenz verpflichtet.
- **Keine Nachfolgeregelung Ärztestopp:** Der Ständerat überlässt es dem Nationalrat, eine Nachfolgeregelung für den Ende 2009 auslaufenden Zulassungsstopp zu suchen. Die kleine Kammer lehnte eine Motion von Erika Forster (FDP/SG) mit 17 zu 10 Stimmen ab. Mit diesem Vorstoss sollte der Bundesrat zur Ausarbeitung eines dualen Versicherungsmodells beauftragt werden. Die SGK-N schlägt entgegen der Haltung der Fraktion FDP-Liberale eine weitere Verlängerung des Ärztestopps um zwei Jahre vor, dieser würde aber nur die Spezialärzte betreffen. Die Vorlage wird voraussichtlich in der Sommersession 2009 behandelt. Der Bundesrat hat auf den gleichen Zeitpunkt dringliche Massnahmen zur Stabilisierung der Gesundheitskosten angekündigt, diese Massnahmen aber bisher nicht näher spezifiziert.

- **Kein Aufschub von Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen:** Die Mehrheit des Ständerats hat sich im Sinne der FDP-Liberalen gegen ein Moratorium für Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen in Unterdeckung ausgesprochen. Die kleine Kammer hat eine Motion Fetz (SP/BS) mit 23 zu 7 Stimmen deutlich abgelehnt.
- **Differenzbereinigung bei der Militärgesetzgebung:** Der Ständerat hat im Sinne der FDP-Liberalen an seiner bisherigen Linie bei der Revision des Militärgesetzes festgehalten. Umstritten sind folgende drei Punkte: die Möglichkeit, Wiederholungskurse für einzelne Truppenverbände im Ausland anzuordnen; die parlamentarische Genehmigung für friedensfördernde Einsätze im Ausland sowie die Konsultationspflicht für Botschaftsüberwachungen im Ausland. Das Geschäft geht ein weiteres Mal zurück an den Nationalrat.
- **Innere Sicherheit:** Der Ständerat steht präventiven Überwachungsmaßnahmen kritisch gegenüber. Ohne Gegenantrag beschloss die kleine Kammer, auf das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) einzutreten, dieses aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Auftrag an den Bundesrat lautet, die Mittel zur Überwachung zu überdenken und die Verfassungsmässigkeit der Vorlage zu überprüfen. Ferner verlangt der Ständerat Präzisierungen zu den geschützten Rechtsgütern, zu den Verdachtsmomenten sowie zu den unscharfen Begriffen „innere und äussere Sicherheit“, welche die präventive Überwachung rechtfertigen sollen. Der Nationalrat war in der Wintersession 2008 aufgrund einer Mehrheit aus SP, Grünen und SVP gar nicht auf die Vorlage eingetreten.
- **Gesamtübersicht Friedensförderung:** Der Ständerat hat ein Postulat gutgeheissen, welches vom Bundesrat einen Gesamtbericht über die Strategie der zivilen und militärischen Friedensförderung verlangt. Hierbei soll auch geprüft werden, ob die verschiedenen Massnahmen in einem einzigen Rahmenkredit zusammengefasst werden sollen.
- **Fakultativprotokoll gegen Folter kann ratifiziert werden:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Genehmigung und innerstaatlichen Umsetzung des Fakultativprotokolls gegen Folter bereinigt. Die kleine Kammer ist im Sinne der Fraktion FDP-Liberale dem Nationalrat gefolgt, welcher die Kontrolltätigkeit im Sinne des Protokolls verbindlicher gefasst hat als der Ständerat in seiner ersten Fassung. Das Geschäft ist damit bereinigt.
- **UNO-Übereinkommen gegen Korruption:** Das Übereinkommen verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Bestrafung verschiedener Formen der Korruption. Inhaltlich geht die Konvention jedoch nicht weiter als bisherige regionale Abkommen. Das geltende Schweizerische Recht genügt den Anforderungen der Konvention bereits. Vor diesem Hintergrund hiess der Ständerat das Übereinkommen als Zweitrat gut.
- **Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen:** Anlässlich einer Interpellation von Anne Seydoux-Christe (CVP/JU) befasste sich der Ständerat mit der vom Bundesrat vor wenigen Wochen in Aussicht gestellten eventuellen Aufnahme von freigelassenen Häftlingen aus dem amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo. Die Meinungen über das bundesrätliche Vorgehen gingen im Rat diametral auseinander. Derzeit prüft eine interdepartementale Arbeitsgruppe die sicherheitsrelevanten und juristischen Aspekte einer möglichen Aufnahme von freigelassenen Häftlingen aus Guantanamo.
- **Kein Wahlkreis für Auslandschweizer:** Nach Meinung des Nationalrates sollten die Auslandschweizer aufgrund ihrer starken Zunahme in den vergangenen Jahren eine eigene Deputation ins Parlament entsenden können. Der Ständerat lehnte die parlamentarische Initiative des Genfer SP-Nationalrates Carlo Sommaruga jedoch mit 26 zu 11 Stimmen ab. Die Initiative wird damit abgeschrieben. Das letzte Wort in Sachen Vertretung der Auslandschweizer ist insofern noch nicht gesprochen, als eine Motion von SP-Nationalrat Mario Fehr weiterhin hängig ist.
- **Rehabilitation der Spanienkämpfer:** Rund 650 Schweizerinnen und Schweizer haben in den internationalen Brigaden gegen die Faschisten unter General Franco in Spanien gekämpft. Viele von ihnen wurden nach der Rückkehr in die Schweiz wegen fremder Kriegsdienste verurteilt. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Rehabilitation dieser Spanienkämpfer beschlossen und einen entsprechenden Gesetzestext ohne Gegenstimme (bei drei Enthaltungen) verabschiedet.
- **Bundesverwaltungsgericht:** Die Zahl der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht soll von 64 auf 65 erhöht werden. Dies hat der Ständerat als Erstrat beschlossen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die FDP-Fraktion hat in der Frühlingssession 2009 folgende acht Fraktionsvorstösse eingereicht:

- **Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes:** Der Bundesrat wird beauftragt, bis zur Sommersession 2009 konkrete Vorschläge vorzulegen, wie der Finanzplatz Schweiz gestärkt und dessen Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden kann. Elemente der Strategie sind insbesondere: Einführung des Rechtsinstituts des Trusts, steuerliche und regulatorische Verbesserungen, Verbesserung des Marktzugangs von Schweizer Finanzdienstleistern im Ausland, Vorschläge zur Stärkung der FINMA.
- **Quellensteuer als Alternative zur erweiterten Amtshilfe:** Der Bundesrat wird beauftragt, neben seiner Strategie zur Neuverhandlung der Doppelbesteuerungsabkommen bezüglich erweiterter Amtshilfe auch eine Strategie betreffend die bilateralen Verträge zur gegenseitigen Erfassung und Überweisung von Quellensteuern zu prüfen, um dieses System interessierten Ländern als Alternative zur erweiterten Amtshilfe anzubieten.
- **Eigentum stärken, Energie sparen, Eigenmietwert senken:** Mit diesem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, eine Änderung der Eigenmietwertbesteuerung vorzusehen. Demnach wird, wer wertvermehrende energetische Sanierungen an seinem Grundeigentum tätigt, während einer angemessenen Zeitdauer teilweise von der Eigenmietwertbesteuerung befreit. Schliesslich sollen entsprechende Vergünstigungen auch beim Steuerwert vorgesehen werden, damit auch vermietete, sich nicht im Eigenbesitz befindliche Liegenschaften von entsprechenden Vergünstigungen profitieren können.
- **Raschere Amts- und Rechtshilfeverfahren:** Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesrecht so abzuändern, dass Amts- und Rechtshilfeverfahren massiv verkürzt werden. Die Verkürzung der Verfahren ist durch eine Beschränkung der Rechtsmittel zu erreichen, falls es keine andere Möglichkeit gibt, die Verfahren entsprechend zu beschleunigen.
- **Mehr Selbstverantwortung durch Stärkung der Säule 3a:** Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, das Bundesrecht so abzuändern, dass die maximalen Steuerfreibeträge für Einzahlungen in die Säule 3a gegenüber heute substanziell erhöht werden. Das stärkt die Eigenverantwortung und setzt die richtigen Anreize für die individuelle Vorsorge. Die staatliche und berufliche Vorsorge wird dadurch nicht negativ tangiert. Im Gegenteil: eine robustere Säule der privaten Vorsorge stärkt das gesamte Vorsorgesystem.
- **Stromsicherheit erhöhen:** Mit diesem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, eine Strategie zur Erhöhung der Stromsicherheit vorzulegen. Dabei sollen die notwendigen Massnahmen getroffen werden, um die auslaufenden Stromverträge zu sichern. Zudem wird auch ein Stromabkommen mit der EU im Bereich Strom gefordert.
- **Dringliche Interpellation zur FINMA:** Mit dieser Interpellation wird der Bundesrat um Auskunft darüber gebeten, ob die FINMA genügend qualifiziertes Personal für die Erfüllung ihrer Aufgaben hat bzw. auf dem Arbeitsmarkt rekrutieren kann.
- **Interbankenmarkt mit Liquidität versorgen:** Der Interbankenmarkt funktioniert ungenügend und verschiedene Institute verfügen über viel Überschussliquidität. Der Bundesrat hat mit der Änderung der Pfandbriefverordnung ein geeignetes Instrument für die Rückführung der Mittel geschaffen. Die angepasste Verordnung erlaubt es u. a. der Postfinance, verbrieft Schweizer Hypotheken vor allem von Grossbanken zu erwerben und diesen damit indirekt Geld zur Verfügung zu stellen. Die Interpellation stellt vor diesem Hintergrund Fragen zum Funktionieren des Interbankenmarkts und zur Strategie des Bundesrates in Bezug auf die Postfinance.

7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 17 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- mit 186 zu 5 Stimmen und 1 Enthaltung (Nationalrat) bzw. 43 zu 0 (Ständerat) das dringliche Bundesgesetz zur befristeten Erweiterung der Leistungen der Exportrisikoversicherung im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets;
- mit 123 zu 51 und 3 Enthaltungen bzw. 40 zu 0 und 3 Enthaltungen eine dringliche Änderung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets;
- mit 129 zu 61 und 2 Enthaltungen bzw. 33 zu 9 die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes, mit der die Schuldenbremse auf den ausserordentlichen Haushalt ausgedehnt wird;
- mit 135 zu 59 bzw. 43 zu 0 die neue schweizerische Jugendstrafprozessordnung;
- mit 190 zu 3 und 1 Enthaltung bzw. 43 zu 0 das Patentanwaltsgesetz;
- mit 194 zu 0 bzw. 43 zu 0 das Patentgerichtsgesetz;
- mit 193 zu 0 bzw. 43 zu 0 die Verordnung über die Richter und Richterinnen am Patentgericht;
- mit 182 zu 0 und 12 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur;
- mit 157 zu 34 und 3 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Bundesgesetz zur Bahnreform 2, mit dem mehrere Erlasse über den öffentlichen Verkehr geändert werden;
- mit 173 zu 14 und 7 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 die Verordnung zur Änderung des Reglements des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte;
- mit 194 zu 0 bzw. 41 zu 1 und 1 Enthaltung die Änderung des Umweltschutzgesetzes, mit der die Frist für Abgeltungen zur Sanierung von Schiessanlagen verlängert wird;
- mit 134 zu 46 und 8 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 die Gesetzesgrundlage für die finanzielle Unterstützung der Schweizer Staatsangehörigen im Ausland;
- mit 183 zu 10 und 1 Enthaltung bzw. 43 zu 0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung und den Vollzug eines Fakultativprotokolls zur Uno-Konvention gegen Folter;
- mit 169 zu 21 und 4 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Uno-Übereinkommen gegen Korruption;
- mit 133 zu 50 und 11 Enthaltungen bzw. 35 zu 4 und 2 Enthaltungen das Bundesgesetz zur Rehabilitierung der Schweizer Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg;
- mit 152 zu 29 und 3 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 zwei Abkommen zur Teilnahme der Schweiz am Fusionsforschungsprojekt ITER;
- mit 192 zu 0 bzw. 43 zu 0 eine Verordnungsänderung betreffend den Zugang der Fraktionssekretariate zu Kommissionsunterlagen im Extranet.

Das Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr wurde vom Ständerat mit 32 zu 0 und 11 Enthaltungen angenommen, vom Nationalrat aber mit 99 zu 85 abgelehnt. Dieses Gesetz ist damit gescheitert.